

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 17 Amt Dönhoff 292 bis 297  
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 10 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des revolutionären Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Die Masken fallen

Der Schrei nach dem Staatsstreich

Die papenfreundliche Presse setzt ihre Bemühungen fort, das Kabinett der Barone zu einem offenen Staatsstreich anzureizen. Man fühlt die tiefe Enttäuschung darüber, daß für den Streich vom 20. Juli nicht hundertprozentige Absolution erteilt worden ist. Die Enttäuschung entläßt sich in erbitterten Angriffen auf den Staatsgerichtshof wie auf den Gedanken des Rechtsstaats überhaupt.

Die Freunde der Barone lassen die Maske fallen. Sie hatten es sich so vorgestellt: das Kabinett der Barone diktiert und der Staatsgerichtshof pariert. Und das Staatsgericht absolut — wenn es unseren Willen tut! Da es nicht bis zum letzten den diktatorlüsternen Papen-Freunden den Willen getan hat, ertönt es nun: fort mit dem Staatsgerichtshof, er hat in der Politik nichts zu suchen!

Darin liegt das Bekenntnis zur nackten, das Recht und die Verfassung brechenden Gewalt. Wer das Urteil des Staatsgerichtshofs als einen feigen Papier onsticht, den die Reichsregierung zerreißen soll, der hat natürlich auch keinen größeren Respekt vor der Reichsverfassung!

Diese Kreise fühlen alle, daß durch das Urteil des Staatsgerichtshofs ein wichtiges Moment des Widerstandes gegen reaktionäre Verfassungskämpfe gestärkt worden ist. Alle Pläne, mit Hilfe des Reichsrats die Weimarer Verfassung zu beseitigen, sind dadurch schwer erschüttert. Darum der Zorn.

Dieser Zorn aber ist enthüllend. Er läßt erkennen, was gespielt werden sollte. Er enthüllt, daß die Freunde Papens sich mit dem Gedanken der Diktatorisierung einer neuen reaktionären Verfassung getragen haben, gegen das Volk, auch gegen den Reichstag, wenn es sein muß — aber mit Hilfe des vom Reiche her beherrschten Reichsrats. Man kann vielleicht vorübergehend gegen eine dieser drei Instanzen regieren — aber gegen Volk, Reichstag und Reichsrat zugleich kann niemand regieren!

Deshalb erhält die Frage an das Kabinett Papen erhöhte Bedeutung: Was ist mit seinen reaktionären Verfassungskämpfen? Wie stellt es sich ihre Verwirklichung vor?

### Das schwankende Pfund

Unruhe bei den Baissespekulanten

Das englische Pfund hat an der heutigen Londoner Börse keine rapide Abwärtsbewegung nicht fortgesetzt. Die undurchsichtige Haltung der Bank von England hat die Baissespekulation zur Vorsicht veranlaßt, da diese bei den zahlreichen ungedeckten Pfundengagements jederzeit mit einer überraschenden Stützungsaktion der Bank von England rechnen muß, die sie zu teuren Rückkäufen zwingt. Daher schritt am heutigen Vormittag die Spekulation zu einigen Deckungen, so daß gegen 12 Uhr der Pfundkurs im Verhältnis zur Reichsmark von 13,90 Mark auf 13,96 Mark leicht anziehen konnte. Da der amtliche Pfundkurs aber erst gegen 1.30 Uhr festgesetzt wird, bleibt die Möglichkeit eines neuen Rückschlages offen.

Welche Unruhe das neue Abgleiten des Pfundes, das Anfang Oktober noch mit 14,60 Mark notiert wurde, in der Welt hervorgerufen hat, illustriert besonders deutlich die Tatsache, daß Portugal seine auf Pfundbasis beruhende Währung jetzt vom Pfunde losgelöst hat. Auch in der allgemeinen Unruhe an den internationalen Börsen spiegelt sich der deprimierende Eindruck des Pfundsturzes wider. Auf die Börsennotizen aus London hin war die Berliner Börse heute etwas freundlicher.

## Die Beratungen des Preußentabinetts

Otto Braun von Republikanern stürmisch begrüßt

Das preußische Staatsministerium trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Braun zu einer Kabinettsitzung zusammen. Sämtliche Staatsminister waren anwesend. Die Vertreter Preußens in dem Leipziger Prozeß erstatteten Bericht über die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof. Die durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs geschaffene Lage wurde im einzelnen erörtert.

Ministerpräsident Braun stellte als einheitliche Ansicht des Staatsministeriums fest, daß das Staatsministerium die Entscheidung des Staatsgerichtshofs als maßgebende und zur Entwirrung der Lage geeignete Grundlage betrachtet. Das Staatsministerium hat danach nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Befugnisse auszuüben, die ihm nach der Entscheidung weiterhin zustehen. Die Staatsregierung wird diese Befugnisse im Sinne möglichst reibungslosen Zusammenarbeitens mit den anderen verantwortlichen Stellen ausüben und sich

dabei lediglich von den Interessen des Reiches und des Landes leiten lassen.

Ministerpräsident Braun wird heute nachmittag im Großen Saal des Wohlfahrtsministeriums die Presse empfangen.

Das preußische Staatsministerium prüft die Möglichkeiten und die Konsequenzen des Leipziger Urteils unter streng sachlichen Gesichtspunkten. Es wird keinen Konflikt heraufbeschwören, aber es wird selbstverständlich von allen Rechten, die ihm nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs zustehen, Gebrauch machen.

Je weiter die Prüfung des Urteils fortschreitet, um so mehr ergibt es sich, daß seine Konsequenzen wesentlicher und weitreichender sind, als es im ersten Augenblick erschien.

Im Mittelpunkt steht dabei, daß allein das preußische Staatsministerium das Recht der Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat hat. Gemeinsam mit den Stimmen von Bayern und Baden hat das Land Preußen eine Mehrheit im Reichsrat. Das wird ins Gewicht fallen

bei einer Reihe von Plänen, die nach dem 20. Juli vom Reiche her verfolgt worden sind. Beispielsweise bei den Rundfunkangelegenheiten. Die Durchführung der Reichsratsvertretung durch das preußische Staatsministerium aber erfordert.

daß nunmehr alle Vorlagen für den Reichsrat, die seit dem 20. Juli in preußischen Ministerien ausgearbeitet worden sind, dem preußischen Staatsministerium vorgelegt werden müssen. Es können nur die Vorlagen an den Reichsrat gelangen, denen die rechtmäßige preußische Regierung ihre Zustimmung gibt.

Das preußische Staatsministerium besitzt ferner das alleinige Recht der Vertretung gegenüber dem Landtag. Was für die Reichsratsvorlagen gilt, gilt entsprechend auch für alle Vorlagen an den Landtag.

Die kommissarische Verwaltung in Preußen, sowie die Reichsregierung stehen einer sehr wesentlich veränderten Situation gegenüber. Sie werden sich ihr wohl oder übel anpassen müssen — trotz dem Geschrei, das ihre Freunde in der Reichspresse anstimmen.

## Ovationen für Otto Braun

Republikaner grüßen den preußischen Ministerpräsidenten

Schon etwa eine halbe Stunde vor dem Beginn der Sitzung des preußischen Staatsministeriums, die heute um 10 Uhr in den Räumen des Wohlfahrtsministeriums stattfand, sammelten sich in der Leipziger Straße bis zum Potsdamer Platz und zur Wilhelmstraße, sowie

viel weniger rückwärts. Sobald auch nur drei oder vier Reichsbannerkameraden oder Zivilisten mit den drei Pfeilen am Mantelausschlag zusammenstanden, griff die Polizei ein und forderte in wenig höflicher Weise zum Weitergehen auf. Trotzdem konnte sie nicht verhindern, daß, als der Wagen Otto Brauns am Landtag vorfuhr, die Republikaner herüberstürmten und vor dem Eingang zum Landtag dem Führer der Preußenregierung stürmische Huldigungen brachten. Immer wieder ertönte es: Unserem Ministerpräsidenten Otto Braun ein dreifaches Freiheit! Freiheit! Freiheit!

Otto Braun, dem man trotz erfreulicher körperlicher Frische die seelischen Leiden der letzten Monate und Wochen anmerkt, war sichtlich bewegt. Auch die anderen Minister wurden mit Freiheit-Rufen begrüßt. Die Rufe für Klepper waren vor allem als Protest gegen die Verleumdung im preußischen Landtagsauschuss gedacht. Trotz des miserablen Wetters hielten die Republikaner bis nach 11 Uhr aus. Sie wollten Karl Severing begrüßen, der sich auf einer Agitationsreise in der Provinz befindet und gestern in einer Massenerammlung in Braunschweig sprach.

### Bracht-Erlaß an die Beamten

Der Reichskommissar Dr. Bracht wird noch im Laufe des heutigen Tages einen Erlaß an die preußische Beamenschaft herausgeben, um ihre Gehorsamspflicht gegenüber dem von der Reichsregierung eingesetzten Reichskommissar und seinen Organen zu betonen.

Auf Seiten der Reichsregierung wird dieser Erlaß damit begründet, daß es notwendig sei, die preußischen Beamten unverzüglich von den sonst unvermeidlichen, schweren Gewissenskonflikten zu befreien, die sich aus der durch das Urteil des Staatsgerichtshofs geschaffenen Lage ergeben würden.

Das mag an sich schon richtig sein, aber es wäre unseres Erachtens ein Gebot der Loyalität gewesen, wenn sich der Reichskommissar dieserhalb vorher mit der legalen preußischen Staatsregierung ins Benehmen gesetzt hätte.

Die auffallende Eile, mit der schon am ersten Tage nach Verkündung des Urteils Herr Bracht einen einseitigen Erlaß an die Beamten herausgibt, steht im schroffen Widerspruch zu der Mahnung des Staatsgerichtshofs. Es sieht fast danach aus, als ob die Reichsregierung trotz der schweren moralischen Niederlage, die sie in Leipzig erlitten hat, es mit der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten und mit der Schaffung neuer vollendeter Tatsachen überaus eilig hat.

## Dilettantismus

Ein Zentrumsurteil über Papen

In ihrem Kommentar zum Leipziger Urteil schreibt die „Germania“:

Man wird es niemand verübeln dürfen, wenn er solche Politik, die nachträglich vor dem Verfassungsgerichtshof kaum zu 50 Proz. bestehen kann, mit dem Vorwurf des Dilettantismus behaftet. Man wird aber auf jeden Fall gut daran tun, sich ernste Gedanken darüber zu machen, daß man in weiten Schichten des Volkes mit einer rechtlich so ansehbaren Politik weithin das gesunde Rechtsempfinden und den Glauben an die hundertprozentige Vollgültigkeit der Grundgesetze des Staates zerstört. So schwerwiegende politische Fehler müssen sich doppelt verhängnisvoll auswirken, wenn sie zu Lasten einer Regierung gehen, die an sich schon in weitestgehendem Maße des Rückhalts und Vertrauens im Volke entbehrt.

Die „Germania“ bezeichnet weiter das Urteil des Staatsgerichtshofs als ein Provisorium. Es sei Aufgabe der preußischen Politik, diesem Provisorium ein Ende zu bereiten und an Stelle des Reichskommissariats, das aus diesem Prozeß moralisch geschwächt hervorgehe, eine verfassungsmäßige Landesregierung zu legen, die das Vertrauen der Volkvertretung genießt. — Man kann hieraus schließen, daß das Zentrum neue Koalitionsverhandlungen nach rechts anstrebt.

Hastbefehl gegen Hinge. Gegen den früheren Bankier Wilhelm Hinge ist wegen versuchter Totschläge vom Untersuchungsrichter heute mittig 1 Uhr Haftbefehl erlassen worden.



vor dem Landtag sehr zahlreiche Republikaner, die dem Kabinett Braun ihre Sympathie bekunden wollten. Besonders groß war auch die Zahl der Pressephotographen.

Die Polizei, die es zuläßt, wenn bei einem Empfang Hitlers in der Wilhelmstraße 100 oder 200 Nationalsozialisten innerhalb der Barockeinfahrt versammelt, zeigte sich heute morgen sehr

London, 26. Oktober.

Von dem Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig sehen manche Blätter eine weitere Vermirrung der verfassungsmäßigen Lage in Deutschland voraus, die, nach dem „Daily Telegraph“, nur durch eine neue Verordnung bereinigt (!) werden könne. Die „Times“ sagt, das Urteil schaffe eine Lage, die zu manchen Verwicklungen führen und auf keinen Fall andauern könne. Das Urteil stehe in Widerspruch zu den Bestrebungen der Reichsregierung, den Dualismus zwischen dem Reich und Preußen zu beseitigen, und mache das Nebeneinanderbestehen von drei verschiedenen Regierungen in Berlin möglich. Die konservative „Morningpost“ sagt, das Urteil bedeutet eine weitere Unterstützung für die Bestrebungen der Reichsregierung, die Weimarer Verfassung durch Väterlichkeit zu töten. Bieweit ihr dies gelungen sei, zeige die außergewöhnliche Sanftmut, mit der die Propaganda für die neuen Reichstagswahlen durchgeführt werde. Der sozialistische „Daily Herald“ sagt, daß nunmehr zwei gefühlige Kabinette in Preußen beständen, die wirkliche Macht jedoch in den Händen von Papens liege.

Stimme aus Bayern

München, 26. Oktober.

Der „Bayerische Kurier“ befaßt sich in einem „Macht und Recht“ überschriebenen Artikel mit dem Leipziger Urteil und bringt darin zum Ausdruck, welche rechtlichen und politischen Wirkungen das Urteil des Staatsgerichtshofes haben werde, sei im gegenwärtigen Augenblick noch nicht vollständig abzusehen. Gewiß sei zunächst nur, daß die Entscheidung ein überaus scharfes Licht auf die Politik werfe, die die gegenwärtige Reichsregierung sowohl in ihrer Rolle als Hüterin der Verfassung, wie in ihrer Rolle als Hort des Föderalismus, wie schließlich in ihrer Rolle als Bannerträgerin der Verfassungsreform treibe und getrieben habe. Die verfassungspolitische und „verfassungsreformistische“ Rolle der jetzigen Reichsregierung sei um so bedeutlicher, als sich aus dem Urteil ergebe, daß der von der gegenwärtigen Reichsregierung in Aussicht genommene Weg zur Verfassungsreform rechtlich ungangbar sei.

Baden befriedigt

Karlsruhe, 26. Oktober.

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Das Urteil des Staatsgerichtshofes in der Streitfrage Preußen-Bayern-Baden gegen das Reich hat in den Kreisen der badischen Regierung lebhafteste Befriedigung erweckt.

Bei der Autorität und der großen präjudiziellen Bedeutung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird man in der vorliegenden Form des Urteils eine starke Stütze für die Wahrung der bundesstaatlichen Rechte auch im Falle eines Konfliktes mit dem Reich erblicken dürfen. Ueber einige Einzelfragen, Beamtenernennungen und dergleichen, wird ein Urteil erst nach Eingang der schriftlichen Begründung des Staatsgerichtshofes, die bei dem Umfang der zu erörternden Fragen wohl längere Zeit auf sich warten lassen dürfte, möglich sein.

Was wird aus der Jugend?

SPD. beantragt gesundheitliche Ueberwachung

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag zur gesundheitlichen Ueberwachung der Jugend eingebracht:

„Die Arbeitslosigkeit weiter Volkskreise, die durch die verschiedenen Notverordnungen der Regierung Papen bedingte Herabsetzung der Leistungen und Unterstützungsfähigkeit der Sozialversicherung, der durch die Finanznot der Kommunen eingetretene Abbau der Gesundheitsfürsorge haben eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes des deutschen Volkes zur Folge. Der bisher im allgemeinen verhältnismäßig günstige Gesundheitszustand der Jugend zeigt nach den Beobachtungen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen, der Schulärzte usw. bereits Anzeichen einer Verschlechterung, die naturgemäß erst in den folgenden Jahren auffälliger in Erscheinung treten wird. Es ist daher eine genaue Kontrolle des Gesundheitszustandes der Jugend erforderlich, um durch rechtzeitiges Eingreifen schwerere Schädigungen abzuwenden und einen wirksamen Gesundheitschutz zu gewährleisten.“

Wir beantragen daher: Der Landtag wolle beschließen, den Reichskommissar zu ersuchen, alles zu tun, damit 1. eine lückenlose gesundheitliche Ueberwachung der Jugend gewährleistet und den nothleidenden Gemeinden die hierfür ihre bisherigen Aufwendungen übersteigenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, 2. sich bei der Reichsregierung für die Einbringung eines derartigen Gesetzesentwurfes für das Deutsche Reich einzusetzen.“

Verbrechen im D-Zug

Reisender betäubt und beraubt!

Bahnhof Zoo verlassen hatte und der Mann scheinbar noch immer schlief, begab sich der Schaffner ins Abteil, um den Reisenden zu wecken. Zu seinem Schrecken mußte der Beamte feststellen, daß der Fremde bewußtlos war. Bei der Ankunft auf dem Schlesienschen Bahnhof wurde sofort der Bahnarzt alarmiert. Es wurde festgestellt, daß der Reisende sich in einer schweren Betäubung befand und

alle ärztlichen Mittel, ihn wiederzubeleben, versagten.

Daraufhin wurde unermüdet die Kriminalpolizei benachrichtigt und Beamte des Raubbezernats nahmen die notwendigen Ermittlungen auf. Bisher konnte folgendes festgestellt werden:

Bei dem Bewußtlosen, der seiner Kleidung nach den bemittelten Kreisen angehört, wurden keine Papiere und nicht ein Pfennig Geld gefunden. Für die Person des Mannes ergab sich nicht der geringste Anhaltspunkt. Das sündbarste aber ist die Tatsache, daß auch die Fahrkarte fehlte. Die Nachforschungen der Polizei werden mit allem Nachdruck betrieben und es ist nicht ausgeschlossen, daß man einem äußerst raffiniert angelegten Verbrechen auf die Spur gekommen ist. Zu dem Vorfall wird weiter mitgeteilt, daß neben dem Bewußtlosen eine Aktentafel gefunden wurde, die ein deutsch-englisches Wörterbuch enthielt. Auf der Innenseite des Umschlages ist ein Name einge-

zeichnet, der Rolf Reibon, Reibon oder Ruban heißen kann. Der Namenszug soll noch genauer untersucht werden und man hofft, hierdurch Anhaltspunkte über die Person des Bewußtlosen zu bekommen. Beamte des Raubbezernats des Polizeipräsidiums wollen noch im Laufe des Tages das gesamte Zugpersonal vernehmen, um vielleicht Fingerzeige zu erhalten.

Selbstmord eines Beamten  
Wirtschaftliche Not als Grund

Vor dem Hause Gohhastraße 7 in Spandau erhob sich gestern abend der 51 Jahre alte Stadtobersekretär Nag S. aus Charlottenburg. Passanten hörten einen Schuß fallen, und als sie ihm nachgingen, fanden sie den Mann tot auf. Er hatte sich eine Kugel in den Kopf gelagt.

S. war seit Jahren bei der Krankenversicherung des Charlottenburger Magistrats angestellt; er hinterläßt eine Frau und vier Kinder. Was ihn in den Tod getrieben hat, steht noch nicht fest. Dienstliche Verhältnisse liegen nicht vor. S., der sich in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befand, zeigte in der letzten Zeit überreligiöse Reigungen. Schriften und Briefe, die darauf hindeuten, wurden bei ihm vorgefunden.

Parteiführer Lansbury

Generalsekretär Henderson

Eigener Bericht des „Vorwärts“

London, 26. Oktober.

Als Nachfolger von Henderson im Vorh der englischen Arbeiterpartei wurde der Führer der Labourfraktion im Unterhaus, Lansbury, gewählt. Henderson behält jedoch das Amt eines Generalsekretärs der Arbeiterpartei bei.

Rücktritt Walter Laytons

Der bekannte britische Wirtschaftspolitiker Walter Layton hat die Mitgliedschaft im Vorbereitungs Ausschuss für die Weltwirtschaftskonferenz niedergelegt, weil zwischen ihm und der Regierung unüberwindliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Layton mißbilligt ganz besonders die Kontingentierungspolitik der Regierung.

Hungermarsch in England

Die Hungermarschkolonnen von Arbeitslosen rückten heute weiter gegen London vor, und man erwartet, daß die erste Gruppe Mitte der Woche hier ankommen wird. Auf ihrem Wege werden sie in Schulen, Markthallen und anderen öffentlichen Gebäuden untergebracht. Die Armenfürsorge liefert warmes Frühstück, Erwerbslose flüchten die Schuhe und tragen Kleider- und Lebensmittelspenden herbei. In manchen Orten werden öffentliche Versammlungen veranstaltet. Die Polizei hatte große Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Marschkolonnen werden außerhalb der Ortschaften von Polizisten erwartet, die sie zu ihrem Unterkunfts-ort geleiten und aus dem Orte geleiten. 240 Arbeitslose aus Lancashire wurden während des

Wochenendes in Oxford von Studenten und Studentinnen betreut, die ihnen bei ihrem Weitermarsch ein herzliches Lebenswohl brachten. Als sie, revolutionäre Lieder singend, aus der Stadt zogen, gingen Studenten und Studentinnen an der Spitze mit.

Pedelle der Antioersität mit ihren Bulldoggen standen im Zentrum der Stadt und notierten die Namen der marschierenden Antioersitätsmitglieder.

Am Rande der Stadt warteten Omnibusse, die die Kolonnen ein Stück weiter brachten. Hier Mann, die vor Anstrengung zusammengebrochen waren, wurden durch die Eisenbahn nach Hause gebracht. In dem Schulgebäude in Bedford wurden die ganze Nacht Kochenfeuer unterhalten, um die durchnässten Kleider der Marschierenden zu trocknen.

Im Unterhaus wurde der Gesundheitsminister, da die anmarschierenden 2000 Obedachtlosen keine Aussicht auf Unterkunft noch Mittel dafür haben, gefragt, ob er zur Verhütung von Verwirrung und Unruhen bei den Londoner Unterstützungsbehörden die üblichen Erleichterungen und Unterbringungen zusichere. Der Gesundheitsminister Sir Hilton Young erwiderte, daß die Aktion von einer kommunistischen Organisation veranlaßt worden sei und daß diese die Pflicht habe, für die Bedürfnisse ihrer Anhänger zu sorgen.

Nach heftiger Debatte zwischen Lansbury (Arbeiterpartei), Magdon (Unabh.) und Premierminister Macdonald über den Hungermarsch und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, hat die Bürgermehrheit des Unterhauses einen Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei abgelehnt.

damit dem Ministerpräsidenten ihre Anerkennung für die Förderung des Instituts auszubringen. Braun hatte sich zu dieser Erteilung gewiß nicht gedrängt. Wenn sich die Archidirektion jetzt dessen schämt und nach dem Abgang von Braun die Büste verbrennt, so glauben sich die Herren einen roten Rock bei den neuen Nachhabern zu verdienen.

Wieder Bombenwurf

Diesmal in Franken

Uffenheim (Nordbayern), 26. Oktober.

In das Druckerelgebäude des „Uffenheimer Tageblatts“ wurde heute früh 2.30 Uhr ein Sprengkörper geworfen, der schwere Schäden an dem Gebäude und an den Maschinen anrichtete. Bei den Nachbarhäusern wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Verletzt wurde niemand. Am Vormittag wollte eine Gerichtskommission an Ort und Stelle, um die notwendigen Erhebungen vorzunehmen. Das Blatt verfolgt eine unabhängige nationale Richtung. Der Verleger soll früher der Nationalsozialistischen Partei angehört haben, jedoch vor einigen Jahren bereits aus der Partei ausgeschlossen sein.

Schlägerei in Weipenfee

Reichsbannermann niedergemacht

An der Ecke Falkenberger und Berliner Straße in Weipenfee spielte sich in der vergangenen Nacht eine folgenschwere Schlägerei zwischen Hakenkreuzlern und einigen Reichsbannerleuten ab. Einer der Reichsbannerkameraden wurde von den braunen Banditen niedergeschlagen. Der Verletzte wurde ins Weipenfeer Krankenhaus gebracht, von wo er nach Anlegung von Rotverbänden später wieder entlassen werden konnte. Von der Polizei wurden zwei Nationalsozialisten und ein Reichsbannermann festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Immer wieder Giftgas

28 Hüttenarbeiter als Opfer

Rosenberg (Oberpfalz), 26. Oktober.

Bei der Wiederinbetriebung der bisher stillgelegten Hochofen der Maximilianhütte ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Aus undicht gewordenen Leitungen strömte Gas aus, wodurch 28 Hüttenarbeiter teils schwere, teils leichte Gasvergiftungen erlitten. Lebensgefahr scheint glücklicherweise nicht zu bestehen.

Im Gran Chaco ist nach paraguayischer Meldung das Grenzort Arca den Bolivianern nach schwerem Kampf entrissen worden. Das bolivische Kriegsministerium gibt zu, daß das Fort geräumt worden ist.

Die belgische Parlamentswahl ist auf den 27. November für die Kammer, auf den 4. Dezember für den Senat festgesetzt.

Konsumenten wehren sich  
Vertreterversammlung der KGB.

Die am Montag abgehaltene stark besuchte Vertreterversammlung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend beschäftigte sich mit den Wahlen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, ebenso bis auf einzelne die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder.

Die Wahlhandlung bildete den Rahmen für eine ausführliche Aussprache über die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Warenpreise, die verringerte Kaufkraft der Verbraucher usw. Allseitig war man sich darüber klar, daß die Krise auch die Wirtschaftlichkeit des genossenschaftlichen Unternehmens wesentlich beeinträchtigen müsse. Ebenso einhellig war man der Meinung, daß jetzt jedes Mitglied die Pflicht habe, an der Umsatzerhöhung im eigenen Unternehmen mitzuwirken, besonders auch durch Werbung neuer Anhänger für die Konsumgenossenschaft.

Beshaft besprochen wurden die Anfeindungen, denen die Konsumvereine in der letzten Zeit durch ihre Gegner ausgesetzt gewesen sind. Dieser Kampf, so wurde ausgeführt, sei nicht nur gegen die Konsumvereine, sondern vor allem auch gegen die einzelnen Verbraucher gerichtet. Es komme jenen Gegnern darauf an, das Händlerinteresse über das der Verbraucher

triumphieren zu lassen. Diese Bekämpfung der Konsumvereine hat offensichtlich auf ihre Mitglieder aufrüttelnd gewirkt, denn der weitere Verlauf der Vertreterversammlung zeigte in jeder Beziehung den entschlossenen Willen, zusammenzutreten, um die Genossenschaft über die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftskrise zu bringen und sie noch stärker und mächtiger werden zu lassen. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß man sich des Ernstes der allgemeinen wirtschaftlichen Situation durchaus bewußt sei, daß aber gerade deswegen die feste Entschlossenheit vorhanden ist, alle Kräfte für das gemeinsame Werk einzusetzen.

Reaktionsthichte

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Königsberg, 26. Oktober.

Das preussische Staatsarchiv in Königsberg hat die in den Publikumsräumen aufgestellte Büste von Otto Braun in das Beamtenstockwerk verbannt.

Es ist dem Ministerpräsidenten Otto Braun zu danken, daß das Staatsarchiv in einem der Neuzeit und der Benutzung entsprechenden Neubau untergebracht werden konnte. Die Leitung des Archivs und die wissenschaftlichen Benutzer waren darüber so erfreut, daß sie eine Büste von Otto Braun in den öffentlichen Hauptraum stellten, um

# Wenn die Nazigauleitung regiert

## Die Tragödie einer Stadt in Nazi-Thüringen

### Vorbemerkung:

Die Stadt Arnstadt in Thüringen gehört zu den Städten, die von der Wirtschaftskrise am stärksten getroffen worden sind. In dieser Stadt von rund 22 000 Einwohnern gibt es heute keinen Betrieb mit über 100 Beschäftigten mehr. Schuhindustrie, Automobilindustrie, eine Kunstseidenfabrik, eine Papierfabrik und verschiedene Betriebe aus der Maschinenindustrie sind stillgelegt, und die älteste Industrie am Orte, die Handschuhindustrie, ist auf etwa 30 Proz. des früheren Beschäftigungsgrades zurückgegangen. Mit der Zahl ihrer Wohlfahrtsarbeitslosen steht die Stadt Arnstadt schon seit Jahren an der Spitze aller thüringischen Städte. Sie zählt denn auch die niedrigsten Sätze der Wohlfahrtsunterstützung.

### 1. Akt:

Das von Herrn Soudel, dem früheren Nazigauleiter, geleitete thüringische Innenministerium stellt an den Stadtrat das Verlangen, den Gewerbesteuerzuschlag von 107,5 Proz. auf den Landesdurchschnittssatz von 128 Proz. zu erhöhen. Der Hauptausschuss lehnt einstimmig dieses Verlangen ab, die Sozialdemokratie deshalb, weil zuvor die Gewerbesteuer durch den Beauftragten des Ministeriums auf diesen niedrigen Satz gesenkt worden war und keine Veranlassung bestand, der Regierung, die die Senkung verfügt hatte, die Verantwortung für die Wiedererhöhung abzunehmen.

### 2. Akt:

Nach dem ablehnenden Beschluß des Hauptausschusses verfügt der Oberbürgermeister als Staatskommissar die Erhöhung der Gewerbesteuer. Das Ministerium erteilt hierzu die Genehmigung.

### 3. Akt:

Die Arnstädter Gewerbetreibenden und nicht zuletzt die Parteigenossen des Herrn Soudel rebellieren. Der Sturm richtet sich gegen die verantwortliche nationalsozialistische Regierung. Die Nazigruppe in Arnstadt kriegt es mit der Angst zu tun, sie fürchtet den Abfall ihrer Wähler aus den Kreisen der Gewerbetreibenden.

Als der Naziminister Wächter nach Arnstadt kommt, bestürmen ihn seine Vgs.: Die Regierung soll die Gewerbesteuererhöhung wieder rückgängig machen, sonst laufen die Wähler in hellen Haufen davon.

### 4. Akt:

Herr Soudel trägt dem Verlangen seiner Parteigenossen Rechnung, die Genehmigung zur Gewerbesteuererhöhung wird zurückgezogen. Der Oberbürgermeister soll die Gewerbetreibenden bewegen, von sich aus den Antrag auf Gewerbesteuererhöhung zu stellen. (Solche Regierungskünste dürften in ganz Deutschland einzig dastehen!) Selbstverständlich lehnen die Gewerbetreibenden dieses Anfinnen ab.

### 5. Akt:

Die nationalsozialistische Thüringer Regierung sperrt der Stadt Arnstadt die Zuschüsse aus der Reichshilfe für Wohlfahrtslasten in Höhe von 440 000 Mk. Das bedeutet für die Stadt die finanzielle Katastrophe. Selbst bei Einführung einer Bürgersteuer von 3000 Proz. würde sie in Zukunft nicht in der Lage sein, die Wohlfahrtsunterstützungen auszuführen. Wie das Schicksal der Wohlfahrtsarbeitslosen werden soll, weiß niemand. Aber die Partei des Herrn Soudel ist gerettet.

So regieren Nationalsozialisten!

### Saubere Methode überall

Der Naziminister Pauly in Oldenburg veranlaßt eine Pressenotiz, in der dem Regierungspräsidenten Dörr des Landestells Bienenfeld separatistische Betätigung vorgeworfen wird. Dörr protestiert leidenschaftlich. Er ist in der Befehlszeit von den Befehlshabern ausgewiesen worden. Mit ihm protestieren selbst die Nazis von Bienenfeld. Dörr klagt gegen Pauly.

Die oldenburgische Staatsregierung setzt Dörr ab. An seine Stelle kommt ein nationalsozialistischer Parteibeamter.

Pauly veröffentlicht nach der Abfertigung die folgende Erklärung:

„Nachdem ich mich überzeugt habe, daß ein irgendwie ernst zu nehmender Argwohn entgegen meinen früheren Informationen nicht besteht, stehe ich nicht an, die von mir veranlaßte Pressenotiz zu bedauern und zurückzunehmen.“

Aber Dörr bleibt selbstverständlich abgesetzt, und sein nationalsozialistischer Nachfolger im Amt! Der Zweck ist erreicht.

## Gesperrt!



„Verflixt, jetzt haben sie mir in Leipzig den Schlüssel zu dieser Tür einbehalten!“

Paul Lieberenz, hat die unerhörtesten Jagdtrophäen geliefert, nicht in Form von Fellen und Häuten, sondern auf dem Filmbstreifen. Nicht nur die großen Tiere, die Giraffen, Zebras, Gnus, die vielfältigen Antilopen, die noch nie im Film gezeigten weißen Nashörner, die Küspferde und Löwen werden in Rudeln vorgeführt, auch das Kleintierleben ist liebevoll beobachtet worden. Es fehlen nicht der stolzierende Sekretärvoogel, nicht das Chamäleon, nicht die in ungeheuren Scharen aufflatternden Hundsledermäuse, nicht die Heuschrecken, durch die die Autos mitten hindurchfahren. Höhepunkte der Expedition sind die großen Elefantenherden, die in dichtester Nähe aufgenommen werden konnten, die gemächlichen Flusspferde, die sich auf dem Lande zeigten, und nicht zu vergessen: die im Aussterben begriffenen Bauma-Reger, die in einem ungeheuren Sumpfgebiet leben. Bei ihnen hat die Expedition auch einen höchst merkwürdigen Mastentanz festhalten können. Viele der Bilder wirken abgesehen von ihrem interessanten Stoff rein malerisch wie alte Gobelins oder zarte Pastelle. Der Tonfilm übermittelte auch charakteristisch die Stimmen der Tiere. Das Marmorhaus feierte an diesem Abend sein zwanzigjähriges Bestehen mit einer besonders festlichen Aufmachung. Walter Kirchhoff sang die bekannte Arie aus der „Afritanerin“. D.

## „Strich durch die Rechnung“ Ufa-Palast am Zoo

Wirklichkeitsnah ist dieser Film. In seinem Mittelpunkt steht Heinz Kühmann als ehemaliger Zeitungsfahrer, der nunmehr als Radrennfahrer ums Goldene Rad startet. Ihm winkt die Aussicht auf den Sieg, doch kommt er in alle möglichen Schwierigkeiten. Er muß einen harten Strauß ausfechten zwischen seinem Ehrgeiz und einer Schiebung aus Mitleid. Zudem verwirren noch eine liebende Braut, ein den Rennfahrern nicht gut gesinnter Schwiegervater, eine in geldlichen Angelegenheiten gerade nicht charakterfesteste Mutter und eine große Kokotte sein Leben. Aber Heinz Kühmann schafft's und er spielt den Berliner nicht nur so, wie wir ihn gerne sehen möchten, sondern so, wie er tatsächlich ist.

Alfred Zeisler führte die Regie. Eine Komödie von Fred Angermeyer verfilmte er in freier Bearbeitung. Er läßt den Komödionten bestehen, begründet die beabsichtigte Schiebung feilsch und verallgemeinert sie nicht. Seine Schauspieler kommen zu guten, ihnen vorzüglich liegenden Rollen. Wir bewundern Jacob Tiedike, einen knurrigen, gutmütigen Vater, freuen uns über die ehrliche, nie aufdringliche Toni von Syd, ergötzen uns an Gustl Siettenbauers famosem Jargon und lachen herzlich über Wallburgs fetteligen, sehr beweglichen und außerordentlich gerissenen Manager.

Die echten Rennbilder sind voller Abwechslung und erfüllt von dem prickelnden Reiz der Spannung. Ein Höhepunkt ergibt sich, als ein südamerikanischer Gesandter als Zuschauer erscheint und seine Leute nicht mehr ums Geld, sondern um die Ehre fahren. Von da ab gerät das zuschauende Publikum im Lichtspieltheater in Aufregung und es bleibt bis zum Schluß unruhig und erträgt das Sitzen auf seinen Plätzen nur noch mühsam.

Mit Freuden begrüßt wurde das Ufa-Sinfonieorchester, das unter Leitung von Dr. Helmuth Thierfelder spielt. e. b.

Emma wurde nämlich gar nicht „verknackt“, da sie selber die Klage vor dem Arbeitsgericht angängig gemacht hatte. Ihre vorzeitige Entlassung war erfolgt, nachdem sie beständig ihre Arbeitgeber mit antisemitischen Schimpfwörtern angepöbelte hatte.

Das sah bei Kühn so aus: „Sieh mal, Emma, bei dir sagen die liberalen Bürger: Unerhörte Freiheit von dieser Person. Wo kommen wir denn da hin, wenn sich eine Dienstherrschaft, selbst wenn es sich um Ausländer handelt, von ihrem Personal antisemitische Rippeleten gefallen lassen muß?“ Eigentlich hat der Kühn recht; die deutsche Republik zahlt doch auch fortlaufend diese Pensionen an ihre Monarchisten, gegen deren Hegeereien Emmas antisemitische Ausprüche wirklich harmlos sind.

Hugenbergs „Nachtausgabe“ zieht dieses Prachtexemplar eines zeitgemäßen Rundfunkredners jetzt wieder mit besonderer Järllichkeit an ihr Herz. Sie drückt den Wortlaut dieser dreißigen Mikrophonrede mit herzlichem Einleitungswort ab.

In der „Stimme zum Tag“ am Montag plauschte irgend jemand über die Londoner Herbstlandschaft: Uns scheint, es hätte für Herrn Mariaux, dem Dieb diebstahl ebenso wie jene Sudeleien am Wochenende unmittelbar unterstehen, doch ein aktuelleres Thema gegeben!

## „Das letzte Paradies“

### Marmorhaus

Der Eingang zum Marmorhaus ist in ein afrikanisches Museum verwandelt. Hans Schomburgk stellt aus, was er von seiner letzten Afrikaexpedition mitgebracht hat. Man kann auch das Boot bewundern, mit dem er wochenlang die Banqueolo-Sümpfe befahren hat. Eine eidesstattliche Versicherung ist ausgestellt. Aus ihr erfahren wir, daß in dem Film keine gestellte Aufnahme enthalten ist und daß kein gefangenes oder eingezähntes Tier gezeigt wird und daß keine Aufnahme durch Mitführen von Schutzaffen gesichert wurde. Dabei war die Expedition, die von Durban ausging, durch einen großen Teil von Ost-, Zentral- und Westafrika führte, aufregend und spannend genug. Es hat auch nicht an gefährlichen Momenten gefehlt, aber wie Hans Schomburgk, dieser alte Afrikaner in seinem Begleitvortrag hervorzuheben konnte, hatten die Vieher — sogar die gefährlichen Nashörner — im rechten Augenblick immer ein Einsehen und rissen aus, wenn ihnen die Kamera allzu nahe an den Leib rückte. Ja, es gibt noch ein Paradies der Tiere in Afrika, in dem sie ganz unbedrängt von den Menschen, nicht gehegt und nicht gejagt leben. Es ist nicht eins von den vielen schon bekannten, sondern Schomburgk hat es auf seiner Autoexpedition, die im Film nebenbei sehr anschaulich gezeigt wird, neu entdeckt. Sein Kameramann,

## Das große Kinderspiel

### Tatsachen aus dem Luftkrieg

Paris, Mitte Oktober 1932.

Kürzlich erschien in Paris ein Buch von Jules Poirier: „Bombardements de Paris“, das für uns alle eine Warnung ist. Es zeigt, was wir bei einem etwaigen neuen Krieg zu erwarten haben, und wie gefährlich für Deutschland das Wiederaufkommen von Kräften ist, die schon einmal 1914 das deutsche Volk zur Katastrophe führten.

Im Jahre 1849 wurde von den Oesterreichern ein erster Versuch gemacht, sich der Luft zum Angriff zu bedienen. Bei der Belagerung von Venedig ließen sie 300 kleine Ballons mit Explosivstoffen auf die Stadt los, aber der Wind drehte sich und sandte die gefährlichen Ballons ins österreichische Lager zurück.

Die Haager Konferenz vom Jahre 1899 erkannte den Luftkrieg an, da sich, nach einem Ausdruck von Professor Bluntischli, „die Attila der Befehlshaber bis zur Lufthöhe von 3000 bis 4000 Fuß ausüben darf“. So gab es auch schon beim italienisch-türkischen und bei den Balkankriegen kleine Luftbombardements.

Im Weltkrieg kam die erste „Taube“ über Paris am 30. August 1914 um 12.40 Uhr mittags. Da wurde zum ersten Male eine große Stadt aus der Luft bombardiert. Jede Bombe wog nur 3 Kilo, ein Spielzeug. Am 2. September, dem vierten Tage des Luftangriffs, gab es schon auf dem Montmartreberg Stühle und Operngläser zu mieten. 4 Tote und 20 Verletzte blieben auf der Straße. Am 27. September fielen fünf Bomben auf Paris. Eine von ihnen tötet auf der Rennbahn eine Kuh. Ein Streifen ist an der Bombe, auf dem steht: „Pariser! Achtung! Das ist der Gruß eines deutschen Flugzeuges. Leutnant von Döken.“

Die Zeppeline kamen in der Nacht des 20. März 1915 und des 29. Januar 1916: 23 Tote und 44 Verwundete. Drei Stunden dauerte der Alarm beim zweiten Zeppelinbesuch. Unter den 23 Toten des 29. Januar 1916 waren 9 Frauen und 7 Kinder, unter den 31 Verletzten der gleichen Nacht 14 Frauen und 7 Kinder, darunter ein Kind von 9 Monaten. Eine dritte Zeppelinfahrt nach Paris mißlang am 11. Januar 1917. Die französische Abwehr funktionierte zu gut.

Im Jahre 1918 kamen dann die „Gothas“ hanfenweise (bis zu 70 auf einmal) über Paris, und mit Bomben von je 500 bis 1000 Kilo. Aber auch dabei gab es manchmal komische Ereignisse. In der Rue de Tolbiac fiel eine schwere Bombe so merkwürdig auf ein Haus, daß man das Bett eines Mieters am nächsten Morgen auf einem Baum auf der Straße wiederfand, und der Mann mußte vom Baum heruntergeholt werden. Einige Tage später fiel in die Rue de Rivoli eine Bombe von 300 Kilo, die einen unerhörten Brand ent-

schickte. 244 Tote und 543 Verletzte war die traurige Bilanz der Angriffe des Jahres 1918.

Am 23. März 1918 begann die „Dike Berta“ zum ersten Male auf Paris zu schiefen. 44 Angriffe machte sie auf Paris: 256 Tote (daran 134 Frauen und 10 Kinder) und 628 Verletzte (337 Frauen und 37 Kinder, darunter mehrere zwei Tage alte Kinder). Am 12. April schob die „Dike Berta“ auf den Friedhof des Pariser Vororts Pantin und zerstörte 50 Gräber.

Eine Berta-Kugel, die am 23. März 1918 um 11.45 Uhr vormittags abgeschossen wurde, fiel in Paris auf ein Haus in der Rue de Flandre. Das Haus befindet sich noch heute im damaligen Zustand. Der Hausherr hat noch keine Reparatur gemacht, und die armen Mieter, Arbeiter und Kriegsteilnehmer, haufen da in furchtbaren Löchern, obwohl der Mietpreis dauernd erhöht wird. Ein Mieter hat das von der Kugel gemachte Loch mit Pappe verklebt; das Fenster muß Tag und Nacht offen sein, weil sonst der Geruch nicht auszuhalten ist, und die Cholerafahre ist groß.

Im August 1914 hatte Frankreich zwei Autokanonen zur Abwehr von Flugzeugen, im November 1918 hatte es 1500 Offiziere, 40 000 Mann, 900 Kanonen, 600 Scheinwerfer, 600 Maschinengewehre, 1000 Ballons und Millionen Kugeln zur Abwehr. 103 000 Kanonenkugeln schob Frankreich während des Krieges gegen deutsche Flugzeuge.

Und warum das alles? Um wiederzubeginnen? K. L.

## Chaos im Rundfunk

### Dr. Duske schweigt sich aus

Vor einiger Zeit hat Dr. Duske, der Intendant der Berliner Funkstunde, sich mit einer Mikrophonrede vorgestellt. Hörerbriefe, Pressefritzen und Rundfunkbestellungen mögen ihn in eine Zwangslage verlegt haben, in der ihm eine Programmrede, wenn auch ohne Programm, als der einzige Ausweg erschien. Das Chaos, das im Rundfunk heute herrscht, läßt den Aufbau einer geistigen Struktur nicht zu. Wir haben von dieser überflüssigen Rede keine Notiz genommen, aber eine andere Intendantenrede wäre fällig gewesen, die allerdings einen programmatischen Inhalt hätte haben müssen.

Diese Rede ist ausgeblieben. Der für die Sudeleien am Wochenende Verantwortliche hat sich nicht gestellt; er ist von der Funkstunde auch nicht preisgegeben worden. Dr. Duske hält es nicht einmal für nötig, die Unwahrheiten dieser Sendung richtigzustellen. Der „blonde Kindsopf“

# Der neue Kurs und die Beamten

Herr von Papen hat keine Zeit!

Der Deutsche Beamtenschaftsbund hält am Donnerstag und Freitag seinen 8. Bundestag bei Kroll ab. Den Delegierten zum Bundestag liegt ein 300 Seiten umfassender Geschäftsbericht vor. Zu Dienstagabend hatte der Bundesvorstand die Vertreter der Presse in das Haus der deutschen Presse zu einem Presseempfang eingeladen, bei dem der Bundesvorsitzende Flügel unter anderem auch die Notverordnungspolitik berührte, die auf dem Gebiete des Beamtenwesens eine Reihe von Rechtsverletzungen mit sich gebracht habe, die wieder beseitigt werden müßten.

Während Preußen seiner Beamtenschaft eine Dienststrafordnung gegeben habe, die der Beamtenschaft in weitem Umfange gerecht werde, fehle es bis heute an einer gleichen Ordnung für das Reich, so daß die Reichsbeamten unter einem schlechteren Recht stehen als die Preussens. Die Beamtenschaft fordert, daß die Reichs-

bahn wieder in den Besitz des Reiches zurückgeführt wird. Die wiederholten Veruche, das Staatsbürgerrecht der Beamten und ihre Staatsbürgerfreiheit einzuschränken, seien für die Beamten eine ernste Mahnung. Schließlich betonte der Bundesvorsitzende erneut die parteipolitische Neutralität des Beamtenschaftsbundes und wandte sich gegen die Angriffe, die in neuerer Zeit gegen den DVB. erhoben wurden, die bekanntlich darauf zurückzuführen sind, daß der Bundesvorstand den Aufruf der Gewerkschaften am 20. Juli mit unterzeichnet hat. Fanatische Parteigänger gestatteten einer parteipolitisch neutralen Partei alles, was sich gegen andere Parteien richtet, bezeichnen jedoch alles als parteipolitisch, was sich gegen ihre eigene Partei richtet. Der DVB. habe seine Politik nach den Bedürfnissen und Interessen seiner Mitgliedschaft zu richten.

Aus der Mitte der Versammlung wurde von

einem demokratischen Journalisten die Frage aufgeworfen, ob die Reichsregierung sich auf dem Bundestag vertreten lasse, worauf Herr Flügel mitteilte, daß die Reichsregierung selbstverständlich in geziemender Weise eingeladen worden sei, sich jedoch mit „dienlicher Ueberlastung“ entschuldigt habe.

Darauf allgemeines verständnisvolles „hört, hört!“.

In diesem Verhalten der autoritären Regierung kommt ihre Einstellung zu der Beamtenschaft zu deutlichem Ausdruck, der erst den Anfang bedeutet zu einer neuen Politik gegenüber der Beamtenschaft, die in ihre frühere vorkriegszeitliche Position zurückgeworfen werden soll. Die Beamten wissen, was gespielt wird und werden es bis zum 6. November noch nicht vergessen, was der Beamtenschaft blüht, wenn die Papen-Regierung Gelegenheit bekäme, ihre Pläne zu verwirklichen.

## Bei der BVB. Verhandlungsergebnis

In dem Lohnkonflikt zwischen den unter Führung des Gesamtverbandes beteiligten freien Gewerkschaften und der Berliner Verkehrs-A.G. ist nach mehrmaligen schwierigen Verhandlungen nunmehr in der gestrigen Schlussverhandlung ein Ergebnis erzielt worden.

Die Löhne wurden mit Wirkung ab 1. November 1932 in allen Gruppen um 2 Pf. gekürzt. Ausgenommen davon bleiben die Fahrkartenausgeberinnen. Die Frauen- und Kinderzulagen bleiben unverändert, ebenso familiäre Zulagen für Fahrer, Schaffner und Techniker. Alle übrigen Bestimmungen des Lohnvertrages bleiben bestehen.

Die BVB. hatte eine Gesamtkürzung der Löhne bis zu 23 Pf. pro Stunde für das Fahrpersonal und bis 22 Pf. pro Stunde für das technische Personal gefordert. Diese Forderung hatte die Direktion zurückziehen müssen, da die Gewerkschaften konsequent ablehnten, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Ein neues, letztes Angebot wurde unterbreitet, das eine Senkung der Löhne in allen Gruppen um 8 Proz. ab 1. Oktober verlangte. Mit dem jetzigen Verhandlungsergebnis ist eine Gleichstellung mit den Stundenlöhnen der städtischen Arbeiter und der Arbeiter der übrigen städtischen Gesellschaftsbetriebe (z. B. Gas- und Wasserwerke usw.) hergestellt.

Die Körperschaften der am Verträge beteiligten Gewerkschaften werden zu diesem Verhandlungsergebnis am Ende dieser Woche Stellung nehmen.

## Petschek ganz deutsch!

Zum Prozeß Caro-Petschek

Zur heutigen Verhandlung im Caro-Petschek-Prozeß war Geheimrat Caro nicht erschienen. Das Gericht beschloß, ohne Caro zu verhandeln, da seine weitere Anwesenheit nicht erforderlich sei.

Als erster Vertreter des Nebenklägers Dr. Petschek ergiff Justizrat Davidsohn das Wort und betonte, daß die Anklage vom Nebenkläger in tatsächlicher Hinsicht in vollem Umfange aufrechterhalten und in rechtlicher Hinsicht um die Anklage der schweren Urkundenfälschung ergänzt

werde. Dann befahte er sich mit den Persönlichkeiten, die, wie er wörtlich betonte, in diesem Trauerspiel eine Rolle spielten.

Was den Angeklagten Caro betreffe, so könne man keine Geltung in Wissenschaft und Industrie unerörtert lassen, weil hier nur seine Persönlichkeit interessiere. Er sei zweifellos ein Mann von hervorragender Intelligenz, von Schlagfertigkeit und Suggestionstraj, er habe auch eine über-große Liebe zu Frau und Kindern. Aber auf der anderen Seite warf ihm Justizrat Davidsohn Selbsterhöhung und unehrliche Gefinnung vor, die sich besonders in seinem Verhalten gegenüber der Familie Petschek gezeigt habe. Vor allem wandte sich der Anwalt dagegen, daß die Petscheks von Caro als Ausländer und Tschechen bezeichnet worden seien, obgleich sie doch Deutsch-böhmen von deutscher Kultur seien. Ignaz Petschek sei ein Mann von deutscher Art und deutscher Kultur. Die Familie Petschek hätte nicht Caros Beziehungen gebraucht, um sich eine Stellung zu sichern. Wenn der Angeklagte die Tschechoslowaken in einer seiner Bemerkungen mit den Wilden auf eine Stufe stelle, dann könne man nur sagen, manchmal seien die Wilden doch bessere Menschen.

## Um die Arbeitszeit

Internationale Regelung

Madrid, 26. Oktober.

In der gestrigen Nachmittags-sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts trat auch der deutsche Regierungsvertreter dafür ein, die Frage der Herabsetzung der Arbeitszeit bereits jetzt auf die Tagesordnung der nächstjährigen internationalen Arbeitskonferenz zu legen, denn die Arbeitslosigkeit in der Welt und namentlich in Deutschland fordere schnelles Handeln.

Bei der Abstimmung wurde zunächst mit 14 gegen 7 Stimmen der englische Vorschlag abgelehnt. Hierauf wurde mit 16 gegen 6 Stimmen beschlossen, auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1933 folgende Fragen zu legen:

Die Herabsetzung der Arbeitszeit;

Bericht der Vorbereitenden Konferenz. — Diese Vorbereitende Konferenz soll am 10. Januar 1933

in Genf zusammentreten. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts wurde beauftragt, mit den Richtmitgliedstaaten des Internationalen Arbeitsamts wegen ihrer Teilnahme an der Vorbereitenden Konferenz Fühlung zu nehmen.

Der Antrag war von den Vertretern der schwedischen und der dänischen Regierung eingebracht worden.

## Chauffeurarbeiter

Was ihnen zugemutet wird

Die Chauffeurarbeiter der Provinz Brandenburg und der Brandenburgischen Landkreise stehen im Lohnkampf. Die bisher tarifvertraglich vereinbarten Tagelöhne von durchschnittlich 4,30 M. sollen auf 3,26 M. — das ist um 25 Proz. — heruntergedrückt werden. Berücksichtigt man, daß die Arbeitszeit bereits wesentlich verkürzt ist, und selten mehr als 5 Tage in der Woche gearbeitet wird, so ergibt sich, daß diesen Arbeitnehmern künftig nur noch ein Wochenlohn von 15,20 M. gezahlt werden soll. Nach Abzug der Beiträge zu den Sozialversicherungen usw. verbleibt also einem Arbeiter, der 40 Stunden in der Woche arbeitet, weniger, als ein Wohlfahrtsunterstützungsempfänger an Unterstützung erhält.

Die Vertreter der zuständigen Behörden haben in den Verhandlungen ganz offen zum Ausdruck gebracht, daß an diesen Forderungen nicht mehr viel zu ändern sei. Sie glauben also allen Ernstes, daß die zuständige Organisation, der Gesamtverband, diese ungeheuerliche Lohnkürzung ruhig hinnehmen wird.

Für die Vertreter der Arbeitnehmer in den Kreis-ausschüssen und im Brandenburgischen Provinzialaus-schuss dürfte es an der Zeit sein, sich ganz energisch gegen derartige Maßnahmen zu wenden.

Die Chauffeurarbeiter aber werden erlernen, daß in dieser Zeit des Generalangriffs der Reaktion auf die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft festes Zusammenstehen in der Organisation das Gebot der Stunde ist.

## Rundfunk am Abend

Mittwoch, 26. Oktober

Berlin: 16.05 Zeitfunk. 16.30 Aus Flensburg: Unterhaltungskonzert. 17.30 Wir besuchen die deutschen Siedlungen in Bessarabien (H. Semrau). 17.50 Die doppelte Wirklichkeit der Geschichte (R. Schneider). 18.10 Niccolò Paganini (Dr. E. Fortner). 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 Unterhaltungsmusik. 21.00 „Der Zauberbaum“ (musikalisches Lustspiel). 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Tanzmusik.

Königswusterhausen: 16.00 Pädagogischer Funk. 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30 Nordisches Christentum als Wegweiser (L. v. Kohl). 18.00 Beethoven-Ouvertüren (Dr. N. Feinberg). 18.30 Die Frontstellung Indiens und Ostasiens gegenüber dem Abendland (Dr. P. Rohrbach). 18.55 Wetterbericht. 18.55 Englischer Sprachunterricht (Marga von Kuhlwein, Lektor W. Mann). 20.20 Dichterabend. 21.00 Tages- und Sportnachrichten. 21.10 Aus Wien: Wiener Abend. 22.15 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europaprogramm im „Volksfunk“, monatl. 96 Pf., durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Wetter für Berlin: Veränderliches und kühleres Wetter mit einzelnen Regenschauern, noch ziemlich starke westliche Winde. — Für Deutschland: Ueberall unbeständig mit Regenschauern, ziemlich kühl und an der Dittelfüste stürmisch.



Der „Vorwärts“ wirbt für Liste 2

Verantwortlich für Politik: Richard Schwarz; Wirtschaft: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kunstleben: Herbert Lebere; Lokales und Sonstiges: Fritz Raschdt; Anzeigen: C. H. Dengel; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. / Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise werden in jeder Morgen-Ausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats Theater**

Mittwoch, den 26. Oktober

**Staatsoper Unter den Linden**

20 Uhr

**Sizilianische Vesper**

Staatliches Schauspielhaus

20 Uhr

**Wilhelm Tell**

---

**Stettiner Sängers**

Reichshallen-Theater

8.15 Sonntag 3.30 zu ermäßigten Preisen.

**Letzte Woche!**

„Und abends wird getanzt“ und das Oktober-Programm

**VOLKSBUHNE**

Theater am Bülowplatz

9 1. Norden 2944. Täglich 8 Uhr

**Die Ratten**

von Gerhart Hauptmann

Dorsch, Klöpfer, Wernicke, Verhoeven, Hormey, Fein, Stein, Thau, Kurz.

---

**Städt. Oper**

Charlottenburg

Fraunhofer 0231

Mittwoch, 26. Okt.

Turnus II

**Madame Butterfly**

20 Uhr

Reining a. G., Fildesser, Zador, Hüsch, Kandl, Pechner, Gombert.

Dirigent: Ladwig

---

**Schiller**

Bismarckstr. (Kale)

Steinpl. (C1) 6715

Täglich 8 1/4 Uhr

**Robert und Bertram**

Alfred Bruns, Fritz Bruns, Senta Schwaner

---

**Deutsches Theater**

Weidend. 5201

8 Uhr

**Prinz Friedrich von Homburg**

Schauspiel von E. v. Kleist

Regie: Max Reinhardt

---

**Kammerspiele**

Letzte Vorstellung

8 Uhr

Schultes Bühne

Heiterer Ludwig-Thoma-Abend

Die **Brautschau**

Erster Klasse

**Rose - Theater**

Schiffbauerdamm 25

0 2 Weidend. 6304-05.

Täglich 8 1/4 Uhr

**Auslandreise**

v. Bestenreiter u. Hirschfeld

Felix Bressart

Maria Paudler

Paul Heidemann

---

**Wallnertheater**

Täglich 8 1/4 Uhr

**Leibkutscher des Fridericus Rex**

Singspiel v. G. Quadenfeldt. Musik v. Jos. Sepp

Preise 0,50 bis 7 M. Vorverk. ab 10 Uhr.

---

**Winter-Garten**

8 Uhr 15. Flora 3434. Banden erst.

**Bronett-Familie.**

Lord Ain. 7 Alfredos.

Marianne u Roberts.

Dormonde. Mae Elgin.

Mary Erik u. Co. usw.

**Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Ausgabe des Vorwärts und trotzdem billig!**

**HAUS VATERLAND**

PERGUNGERS

RESTAURANT

Berlin

BETRIEB KEMPINSKI

---

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr

Lothringers Strasse 37.

Nur noch bis 3. November auch Sonntags nachm. 4 Uhr

**Königin der Luft**

Am 4. November zum 1. Male:

**Die Liebe blüht in Werder**

Gutschein für die Leser 1-4 Personen

Faut. 0,75 M., Sessel 1,25 M., Park. 0,50 M.

**Kabarett für Alle**

4 Uhr Täglich 2 x 9 Uhr

Das sensationelle Kabarett-Programm

Abendpreise 1-3 Mk.

Nachm. Gedeck 1,25

Jeden Sonnabend 1 1/2 Uhr: Nachtvorstellung

---

**Beleuchtung**

auch bis 18 Monatsraten

**Radatz**

Berlin W8, Leipziger Str. 122-123

**Eine altbekannte Berliner Gaststätte im neuen zeitgemäßen Gewande wird Freitag eröffnet**

**Linden - Restaurant**

Spezial-Ausschank

**Münchener Löwenbräu**

Heil - Dunkel - Märzen

**Pilsner Urquell**

aus dem Bürgerlichen Bräuhaus in Pilsen

Tellergerichte - Schnellimbiss

Münchener Spezialitäten

# Herrenmoral für „Arbeiter“

Eine Auseinandersetzung / Von Werner Hegemann

„Der Plaghiersch röhet.“ Unter dieser Ueberschrift lieierte unlängst „Der Angriff“ den Berliner Arbeitern eine romantische und herrenmäßig waidgerechte Schilderung: „Durch den Wald zieht das Rotwild... Da klingt der erste Brunnstschrei... Urmwelt tönt, Urmwelt zeigt das Bild des Plaghirsches, der, das mächtige Geweih zurückgeworfen, seinen Begleiter fordert.“

„Der Angriff“ der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei erscheint unter dem Leitpruch: „Für die Unterdrückten — gegen die Ausbeuter.“ Daher sein Interesse für den Hirsch. Seit Jahrhunderten gehören die adligen Hirsche zu den schlimmsten Schädlingen der unterdrückten Bauern, namentlich im preussischen Ostelbien. Es war das Amt des alten Adels, die Bauern vor diesen Schädlingen zu schützen. Aber der Adel war zu faumelig. Er verlor deshalb 1918 sein Amt, obgleich Wilhelm II. sein Möglichstes getan hatte. Ein Denkmal wurde auf dem weltgeschichtlichen Flecken Erde errichtet, auf dem Wilhelm — schon in seinem 43. Lebensjahre — „Allerhöchste seine 50 000 Kreatur erlegt hat“.

Bis Wilhelm zurückkommt, ist es Ehrenpflicht der neuen NSDAP, „Arbeiter“-Führer, wenigstens das vierbeinige adlige Ungeheuer abzuschießen. Namentlich die fetten „Plaghirische“ leisten Unglaubliches (an Zeugungskraft) und müssen beseitigt werden. Mit Recht empfindet es heute der ehemalige nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring als Beleidigung, daß ihm vom Landwirtschaftsminister nur „ein recht dünner Hirsch“ zum Abschießen zugewiesen wurde; kein Plaghiersch! Gegen diese Beleidigung hat der preussische Reichstagspräsident a. D. durch den preussischen Landtagspräsidenten Kerri mit gebührender Schärfe protestieren lassen. Gg. Göring tröstete sich schließlich nur, „weil er die gewöhnliche unerschütterliche Hoffnung hat, daß nächstes Jahr wir selbst die Hirsche vertilgen werden“.

Wie kräftig sich alles unter der besüßelnden Einwirkung dieser sogenannten neuen „Arbeiter“-bewegung zu bewegen anfängt! Mit Recht ist Dr. Goebbels stolz auf sein vielzitiertes Wort, daß die faumeligen Adligen von Hitler gewetzt und über die breiten Rücken der hübsbereiten „Arbeiter“ behende wieder auf die verlorenen Amtssessel geklettert sind. Unermüdlich kämpfen die Nationalsozialisten für die Wiedereinführung der zu lange in Mißkredit geratenen Herrenmoral.

Besonders verächtlich ist dieser Herrenmoral der Gedanke der Rechtsgleichheit, wie ihn die Weimarer Verfassung einzuführen versuchte. Schon das Benthamer Urteil hat gezeigt, daß ein Ermordeter, der einen polnischen Namen trägt, nicht nach demselben Recht beurteilt werden darf wie sein Mörder, der sich ein Kreuzchen vorgesteckt hat. Noch deutlicher haben die neuen „Arbeiter“-Führer dann den Herrenstandpunkt im Prozeß des Polizeipräsidenten Weiß gewahrt. Diesem aus Weimar insizierten Wippra Weiß ist es eingefallen, seine Beleidiger einfach auf das Gericht zu bitten und ihre Verurteilung abzuwarten. Herr Weiß hatte keine Ahnung von den herrenmoralischen Pflichten eines Polizeipräsidenten. Der nationalsozialistische Anwalt Lippert empfahl deshalb Herrn Weiß als leuchtendes Vorbild den standesbewußten Herrn Hinkeldey, der in der preussischen Reaktionszeit Berliner Polizeipräsident war und sein Amt gut altpreussisch verwaltete: „Der Polizeipräsident Hinkeldey erhielt einmal eine Duellforderung von einem seiner Standesgenossen, dem Mitgliede eines der zahlreichen Spielclubs des preussischen Offizierstandes. Polizeipräsident Hinkeldey ist dieser Duellforderung nicht ausgewichen, sondern als leuchtendes Vorbild für seine dienstlichen Nachfahren 1852 im Tegeler Forst gefallen.“ („Angriff“, 6. Oktober.)

Wenn nur diese edle Herrenmoral, die uns die NSDAP wiederzubringen verspricht, endlich in Deutschland wieder herrschte! Wie leicht würde es dann den zweitampfgewöhnten Stabsoffizieren Röhm und Hitlers sein, im Handumdrehen alle etwa noch widerstrebenden Polizei- und Staatspräsidenten, Richter und Redakteure (einschließlich dem bei der NSDAP plötzlich so anhängigen Herrn Hugenberg), als leuchtende Vorbilder“ umzuliegen. Statt dessen muß die sogenannte rettende „Arbeiter“-bewegung noch immer darauf warten, daß ihr endlich einmal die Straße auf drei Tage zum obrigkeitlich genehmigten Abschlagen („physischen Vernichten“) von 5000 Andersgeonnenen freigegeben wird.

Die Verzögerung dieses dreitägigen Abschlagens ist vorläufig noch möglich, weil statt des 43jährigen und deshalb entschlußkräftigen Hitler ein Reichspräsident gewählt worden ist, der augenscheinlich ein Uebermaß von Arbeitern unter seinen Wählern berücksichtigen muß. Hitler ist nicht nur deshalb viel entschlußkräftiger, weil 52 seiner 230 Reichstagsabgeordneten jünger als 32 Jahre sind. Seine „Arbeiterpartei“ ist auch deshalb der echten „Herrenmoral“ zugänglicher, weil nur 8 Proz. ihrer Abgeordneten wirklich Arbeiter sind, während sich 15 ehemalige Offiziere und 47 Großgrundbesitzer und Landwirte darunter befinden.

Wardings droht die Gefahr, daß die überlange Verzögerung des graufigen Massenmordens die

überlegene Moral der NSDAP allmählich zermürdet. Schon gibt es Zeichen der Zermürdung. Schon ist ihr Mitglied Baron Georg von Verhandt auf Pomedien, der sich durch geschicktes Berbergen nationalsozialistischer Ränder in Ostpreußen den Dank Hitlers verdiente, plötzlich an einem Herzerleiden erkrankt. Er mußte aus dem Gefängnis, in dem er ein Wärtner der herrenmoralischen Bewegung werden sollte, in ein weniger ruhmvolles Sanatorium gebracht werden. Eine andere Zerlegungsercheinung in Hitlers „Arbeiterpartei“ ist der Streit zwischen zwei ihrer hervorragenden Mitglieder, dem „Arbeiter“ Grafen Otto Königsmark auf Dimendorf und dem „Arbeiter“ Grafen Hauptmann Mandelsloh. Graf Königsmark er-

klärte plötzlich, Adolf Hitler sei „größtenwahnsinnig“ geworden. Dadurch fühlte sich Graf Mandelsloh — so schreibt er — „mit vielen gleichgesinnten Standesgenossen“ beleidigt, weil „auch im politischen Kampfe ein gewisses Gefühl des Anstandes gewährleistet bleiben muß“. Na endlich! Statt sich aber nach Hintertreiben glorreichem Vorbilde vom Arbeitergrafen Königsmark im ehrlichen Zweikampfe erschießen zu lassen (bum!), erklärte Arbeiter Graf Mandelsloh nur, dem Grafen Königsmark „fehle anscheinend der Mut“, er sei „unglaublich anmaßend“, und „Adolf Hitler sei kein Sprungbrett“ für Leute wie Graf Königsmark. Durch die Behauptung eines Grafen, Hitler sei größtewahnsinnig, werde nur „dem Ansehen andersdenkender alter Adelsfamilien und dem Ansehen übernommener Tradition schwerster Schaden zugefügt“. Also: Hitler und Herrenmoral in größter Gefahr!

Zur Wahrung der alten Adelstradition reinigt seit einiger Zeit Hitler seine Partei immer entschlossener von allen öffentlichen Beziehungen zu den Vertretern der bürgerlichen

Großindustrie, die ihn bis vor kurzem öffentlich unterstützten. Der Schwerindustriegewaltige Geheimrat Kirdorf, der sich seit 1927 öffentlich zur Nationalsozialistischen Partei bekannte, wurde gezwungen, schon vor den Septemberwahlen 1930 feierlich zu erklären: „Trotz meiner warmen Freundschaft und Hochachtung für Adolf Hitler mußte ich mich von seiner Partei lösen.“ Als Grund gab Kirdorf an, ein Vertreter Hitlers habe im Industriebezirk arbeiterfreundliche Reden gehalten. Unerhört! Ähnlich versuchte Hitler, die Geldunterstützungen zu verschleiern, die er vom Stahlmagnaten Thyssen und vom Wolle-großbankrotteur Lahusen erhielt. Lahusen kann von Gnade sprechen, daß Hitler ihm wenigstens seinen höchstbezahlten Parteianwalt Frank II. auslieh, welcher Herrn Lahusen die Vorteile der Herrenmoral Hitlers teilhaftig werden lassen sollte. Doch auch diese Spur soll jetzt verwischt werden. Frank II. mußte nachträglich doch noch ablagen. Nur der kleine nationalsozialistische Anwalt Luetgebrune darf Herrn Lahusen noch verteidigen.

# Der Christus Indiens

Eine Botschaft / Von Romain Rolland

Der französische Pazifist und Dichter Romain Rolland bittet um Verbreitung folgender Botschaft:

Die Sache Indiens ist nicht allein die einer großen Nation, — eines menschlichen Kontinents, — der gemeinsamen Quelle unserer europäischen Sprachen und unserer Gedanken, — unserer tausendjährigen Wurzeln, aus denen der mächtige und weitverzweigte Baum unserer europäischen Zivilisationen gewachsen ist. Wir sind nicht nur in Hinblick auf unsere Abstammung an seinem Schicksal, seinem Erwachen, seinem Unabhängigkeitswillen interessiert. So viele andere Völker werden ja heute geschüttelt von diesem Schauer gerechter Erhebung und nehmen das Recht für sich in Anspruch, das Steuer ihres Geschicks selbst zu ergreifen! Man könnte sagen, daß über die ganze Erde hinweg, über die Gräber hin, in denen, gefesselt, die alten Nationen schlummern, ein Flüstern ginge, — ein Ruf: — „Gagarus, stehe auf...“

Aber was unter allen Völkern gerade dieses Erwachen Indiens uns beweist, — was gemacht hat, daß jenseits jeder politischen Ueberzeugung oder Leidenschaft seine Sache die unfrige ist, daß sie die Sache der Menschheit ist, — das ist nicht so sehr das, was Indien bewirten will: die Autonomie eines großen Volkes oder eines Vereinigten Staates der Rassen und Völker Indiens: — es sind die Mittel, durch die es dieses Ziel verfolgt; es ist sein Geist der Handlungswelt; es ist seine Mission; es ist der geweihte Mensch, in dem dies Fleisch ward; es ist der Mahatma der Non-Violence (Gewaltlosigkeit), — Gandhi, der Heros und Heilige des Satyagraha (Sat = Wahrheit; Agraha = Stärke).

Er ist in der schwärzesten Stunde der Welt gekommen, da die Prinzipien, welche die Zivilisationen des Abendlandes erhielten, untergraben sind. Die montende Welt Europas gibt sich den alten Instinkten der bestialischen Gewalt hin, bedient von allen Mitteln der Zerstörung, welche ihr die raffinierteste Wissenschaft anbietet. Am Morgen nach einem gräßlichen Kriege von vier Jahren und am Vorabend — nicht eines Krieges, sondern von zehn ineinandergreifenden Kriegen, die nicht einen einzigen Staat im Schutze der Neutralität lassen werden, — zwischen diesen schwebenden Drohungen steht, — wie zwischen den aufgebäumten Fluten des Roten Meeres, welche im Zurückschlagen die Menschheit zu verschlingen drohen, der zerbrochene Weise Indiens, der zweite Buddha: er ist allein; und allein durch sein Nicht-Annehmen, voller Ruhe und Unbeugbarkeit, bis zum Tode, hält er die wilden Kräfte in Respekt; allein die Drohung dieses Greises, bis zum Tode zu fasten, läßt das stolze Reich sich beugen und erobert einen Sieg, denn jeder Sieg mit der bewaffneten Hand, mit dem Tod, läßt unverdönlliche Rachsucht aus.

Zum erstenmal ist der Welt Europas, diesem Thomas, der nur glaubt, was Tatsache ist, durch die Tat das Beispiel gegeben worden, — das siegreiche Beispiel dessen, was Gandhi selbst „das Schwert des Sich-Opfern“ nennt. Zum erstenmal hat Gandhi vor den Augen der Welt und vor seinen eigenen dieses triumphale Experiment gemacht, das er, theoretisch, schon im voraus seit 1920 angekündigt hat; er hat auf einer großen Leiter die Erfahrung der Rishis (der alten Weiser) wiederholt, von denen er gesagt hat, daß „sie, indem sie das Gesetz der Non-Violence inmitten der entfesselten Gewalt entdeckten, größere Gelehrte als Newton waren und größere Krieger als Wellington. Da sie sich selbst der Waffen bedient hatten, hatten sie deren Nutzlosigkeit verstanden, und sie lehrten eine ermüdete Welt“ die sprengenden Wirkungen „der Non-Violence in ihrer dynamischen Form, welche das bewusste Dulden der gelanteten Seele bedeutet, die dem Willen des Tyrannen widersteht. Ein einziges Individuum“, fügt er hinzu, „das nach diesem

fundamentalen Gesetz handeln würde, könnte der gesamten Macht eines ungerechten Reiches Trost bieten, um seine Ehre, seine Religion, seine Seele zu verteidigen“, die seines Volkes, seiner Freiheit, und „könnte später den Sturz dieses Reiches oder seine Wiedergeburt herbeiführen“.

Der Beweis ist erbracht. Er ist es nicht für noch gegen diesen oder jenen Staat. Alle Staaten

Europas tragen das gleiche Maß an Ungerechtigkeit und Jertum. Der Beweis ist gegeben durch einen Christus zum Heile der gesamten Menschheit. — Aber um geheilt zu werden, muß man es wollen. Will es die Welt? Wird sie es wollen können zur Stunde, da die letzten Dämme, die noch den Sturm der Zerstörung zurückhalten, bersten? Wille sie sich nicht mit Illusionen ein, daß sie den Status quo werde verlängern können! Man muß handeln. Es tut not, daß die verderbte Gesellschaft, die sich nur durch Wissen aufrecht erhält, geändert werde. Zwei Wege ganz allein öffnen sich, die alle beide eine neue Ordnung aufbauen wollen: — die Gewalt und die Gewaltlosigkeit. Revolutionen alle beide. — Wählt!

# Die Kaufkraft

Ein Rundfunk-Mysterium / Von Alice Ekert-Rothholz

Erstes Bild

Chor der Arbeitslosen: „Das Lied von der Kaufkraft.“

Wir werden von Kopf bis Fuß untertütigt. Was aber nichts nützt. Was aber nichts nützt. Denn uns fehlt die Kaufkraft. Zum Beispiel wir Brüder aus Lohnklasse VI. Unsere Lage ist schwarz wie ein Tintenfleck... Uns fehlt jede Kaufkraft.

Wir stehn vor den Läden... Wie die Idioten. Für uns hängt ein Schild da: „Kaufen verboten!“ Uns fehlt ja die Kaufkraft... Jede Wurst ist ein magisches Ungeheuer: Sie ist nämlich billig und trotzdem zu teuer... Uns fehlt jede Kaufkraft!

Wir möchten sehr gern unser Schicksal verkaufen. Doch wer kann sich noch was zum Saufen kaufen?? Wir haben bloß Souffkraft... Doch der Mensch fällt zu Boden, wenn er sich nicht lauffkraft! Wir müssen kämpfen! — Diese Zeit verlangt Kaufkraft! Kämpft um die Kaufkraft!

Das erste Bild des Rundfunk-Mysteriums „Die Kaufkraft“ wurde von der Unterhaltungsabteilung der Funkstunde gestrichen, da es die Hörer zum Nachdenken aufrege.

Zweites Bild

Geräuschkulisse: Anhaltende Kurbelgeräusche, als ob einer den Elektrola dreht. Stimme aus den Wolken: Bruder Mitmenschen, was bedeutet das Geräusch? Stimme aus der Konfektion: Viel Lärm um nichts! Die Anfurbelung der Wirtschaft, Sie Duffel! Die Kaufkraft (mit schwacher Stimme): Ich sinke... Hii... Ise...! Das himmlische Moratorium (singt): Heilige Kaufkraft, halte still! Weil Papen es will. Die Kaufkraft (stöhnt): Erbarmen! — Ich... sinke...

Stimme aus dem Aether: ... und dürfte die Regierung (zum mindesten in der Stunde der Regierung) bewiesen haben, daß alle ihre Maßnahmen wie Steuererhöhungen am rechten Platz oder die unerforschlichen Wege der Agrarpolitik einzig und allein dem Zwecke dienen, die Kaufkraft des deutschen Volkes zu heben. Die Kaufkraft (mit verloschender Stimme): Sie werden ploffen: ich sinke...

Stimme aus dem Aether: Ruhe zum Donnerwetter! Ein Donnerwetter, veranstaltet von zwei Statisten, bricht aus.

Stimme aus dem Aether: Soo habe ich es nicht gemeint, Ihr Hornochsen! Wo war ich noch steckengeblieben? — Richtig: bei der Kaufkraft!... Um aber in ihren Maßregeln zur Hebung der Massenkaukraft ganz sicher zu gehen, hat die Regierung großzügigermesse zwei bekannte Athleten beauftragt, die Kaufkraft endgültig zu heben! Achtung! Achtung!

Erster Athlet: Verdammt... ich kriege und kriege bei Bieft nich jehoben! Zweiter Athlet: (schwigt hörbar...)

Geräuschkulisse: Ein dumper Fall (ausgeführt von alten Aktiven). Tausendstimmiger Aufschrei: Haltet die Kaufkraft! Haltet sie!

Die Kaufkraft (mit drunten tiefer Stimme): Ich verlange das Ueberfallkommando! Man hat mich in den tiefsten Schacht der deutschen Wirtschaft fallen lassen! Trauermarsch (aus dem Tonfilm „Blondes Glück“ auf Schallplatte).

Stimme aus dem Aether: Meine Damen und Herren! Die deutsche Kaufkraft ist... gerettet!

Zweite Stimme aus dem Aether: ...It gerichtet!

Wäusische Schlußmusik: „Parademarsch“.

Nachspiel

Das kunsthungrige Ehepaar Bieffe hat gähnend und abendessend das Mysterium von der Kaufkraft abgehört.

Frau Bieffe: Een scheener Marsch war det zum Schluß! Aber det Ueberliche! Hastte een Ton vastanden?

Herr Bieffe: Ich vaste alle! Tib ma nochmal die Leberwurst!

Frau Bieffe: Ich meech nich; wiisse habenfe nachher jebriill, de Koofkraft is jeretted, wo se doch dauernd jant??

Herr Bieffe: Sperr eenmal de Dogen uff! Wat stand uffn Bojramm?? „Gen Münsterjum!“ Wat isn Münsterjum? Ich denke doch noch immer: Een Jeeheimnis!

Frau Bieffe: Ra... und?

Herr Bieffe: Ra klar doch! Also: wie de Koofkraft sinken tut und trotzdem jehoben wird, bet is ehj det Jeeheimnis! Det strenge Jeeheimnis von die Keisterung... vastestte? —

Frau Bieffe (nimmt Herrn Bieffe die Wurst weg): Fröh nich heut ahmd de jange Leberwurst! Du mü Deiner Koofkraft! —

